

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

1.11.1923 (No. 254)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Telegraphenamt:
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. M e n d,
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für 1.—6. November 10 000 000 M. — Einzelnummer 1 500 000 000 M. — Anzeigengebühr: 80 Grundmark für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Schlußfrist heute 24 000 000. Briefe u. Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kasseeintrag gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerbedingung, drucktechnischer Veränderung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in dringender Notwendigkeit hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckbogen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellungen der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

* Die Entspannung der Lage in Sachsen

Man kann ohne Übertreibung von einer Entspannung der Lage in Sachsen sprechen, nachdem bekannt geworden ist, daß der bisherige Ministerpräsident Dr. Zeigner von selbst sein Amt niedergelegt, und daß der Landtag ohne jeden Protest gegen die Maßnahmen der Reichsregierung und ihres Kommissars eine neue Regierung gewählt hat. Niemand braucht päpstlicher zu sein, als der Papst. Wenn das sächsische Parlament die Maßnahmen der Reichsregierung hinnimmt, seine bisherige Regierung ohne weiteres geben läßt und eine andere, den Wünschen der Reichsregierung und den Erfordernissen der Verfassung besser entsprechende Regierung bestellt, dann liegt auch für die überzeugtesten Republikaner außerhalb Sachsens gewiß keine Veranlassung vor, noch weiterhin das Verhalten der Reichsregierung Sachsen gegenüber zu kritisieren.

Ein besonderes Verdienst um die Entspannung der Lage in Sachsen haben sich die sächsischen Demokraten erworben, indem sie sich mit Entschiedenheit und Offenheit auch mit großem Geschick um eine Vermittlung bemühten und so dafür sorgten, daß die Situation von der Reaktion nicht etwa zu ihrem Besten ausgenützt werden konnte. So wurde in der vorgestrigen Nacht Sitzung des Landtags der sozialdemokratische Abgeordnete Felsisch mit dem Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten zum Ministerpräsidenten gewählt.

Das Kabinett selbst ist allerdings ein rein sozialdemokratisches. Man hofft, daß es sich parlamentarisch mit Hilfe der Demokraten unter stillschweigender Duldung der Deutschen Volkspartei durchsetzen wird. Bekanntlich ist das Stimmenverhältnis im sächsischen Landtag so, daß schon allein das Zusammengehen von Sozialdemokraten und Demokraten genügt, um der Regierung eine, wenn auch ganz kleine Mehrheit zu sichern.

Bemerkenswert ist ferner, daß das neue Kabinett mit seinem Ministerpräsidenten keineswegs dem rechten Flügel der Sozialdemokratie angehört. Die prominenten Kabinettsmitglieder sind eher als Vertreter des linken Flügels zu betrachten. Das Programm der neuen Regierung lautet mit kurzen Worten: Wiederherstellung geordneter Zustände unter genauester Beachtung der Bestimmungen von Verfassung und Gesetz.

Allerdings hat sich das neue Kabinett selber nur als ein Übergangskabinett bezeichnet. Damit soll wohl die Erkenntnis der Tatsache zum Ausdruck kommen, daß mit dieser ganzen, vom Reichsstandpunkt aus zu begründenden Entspannung der Lage die innerpolitische Auseinandersetzung in Sachsen selbst noch keineswegs zu einem Abschluß gebracht ist. Man darf nicht vergessen, daß noch an vielen Orten proletarische Hundertschaften bestehen, und daß in diesen Hundertschaften Sozialdemokraten und Kommunisten sitzen. Hat sich im Parlament die Sozialdemokratie mit einem raschen Auf von den Kommunisten lösen können, so wird die Auseinandersetzung zwischen den beiden Parteien im Lande wohl nicht so glatt verlaufen.

Daß bei der augenblicklichen Geistesverfassung, die unter den Kommunisten herrscht, ein Zusammenarbeiten der Sozialdemokratie mit ihnen auf parlamentarischer Basis unmöglich ist, haben die Ereignisse der letzten Zeit bis zur Evidenz bewiesen. Man muß nur einmal den Aufruf lesen, den die sächsische kommunistische Partei und Landtagsfraktion in der vorigen Woche erließ, jenen Aufruf, der dann bekanntlich das Eingreifen des Reiches heraufbeschwor. Er lautet:

„Wir Kommunisten erklären: Wir pfeifen auf das Verbot der Hundertschaften durch den Herrn General. Wir pfeifen auf alle Verbote und Erlasse, die noch kommen werden. Wir sind in die Regierung eingetreten, um gemeinsam mit den Sozialdemokraten die wehrfähigen Massen zum Kampf gegen Militarismus, Faschismus und Ausbeutung zu mobilisieren. Wir mobilisieren die Massen, mag der General noch so gut tanzen, wie die Schwerindustrie, Junker, Spekulanten und Faschisten pfeifen. Wir fordern die Arbeiterschaft auf, das Verbot der Hundertschaften mit der Bildung neuer Hundertschaften, das Verbot der Aktionsausschüsse mit der Ervählung von Aktionsausschüssen in jedem Betriebe zu beantworten.“

Es ist klar, daß eine Partei, die sich solche Aufrufe leistet und auch praktisch diesen Aufrufen entsprechend verfährt, in der Regierung eines Landes, das auf den Boden von Verfassung und Gesetz stehen will, unmöglich ist. Offenbar hat man das in den führenden Kreisen der So-

zialdemokratie eingesehen. Und so hat denn auch dieser Lage der Berliner Parteivorstand das Ersuchen der Kommunisten zur Bildung einer Einheitsfront abgelehnt.

Was die Rückwirkung der Vorgänge in Sachsen auf das Reichskabinett betrifft, so ist durch den gestrigen Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine unmittelbare Krise einstweilen vermieden worden. Die Sozialdemokraten wollen in der Koalition bleiben, allerdings nur dann, wenn der militärische Ausnahmezustand aufgehoben, die Autorität des Reiches in Bayern wieder hergestellt, lokales Eingreifen der Reichswehr von der Aufforderung des Inhabers der Zivilgewalt abhängig gemacht wird, und wenn ferner die neuerdings in die Reichswehr eingestellten Anhänger rechtsradikaler Bestrebungen entlassen werden. Das Reichskabinett wird jetzt zu diesen Forderungen Stellung nehmen müssen. Wie es heißt, soll keine Genehmigung bestehen, das Ausnahmegesetz in vollem Umfang fallen zu lassen. Aber vielleicht läßt sich hier ein Kompromiß finden in der Weise, daß der Ausnahmezustand auf besonders bedrohte Gebiete, so vor allem auf das bayrisch-thüringische Grenzgebiet, wo sich jetzt der militärische Aufmarsch der rechtsradikalen Organisationen vollzieht, beschränkt wird.

Was Bayern anlangt, so ist es nach den neuesten Beschlüssen des Ministerrats, an dem diesmal übrigens Herr von Kahr und Herr von Lossow nicht teilnahmen, zu weiteren Verhandlungen bereit. Doch wird ausdrücklich erklärt, daß der militärische Oberbefehl in Bayern vom Reich nicht angetastet werden dürfe. Beharrt die bayerische Regierung bei dieser Haltung, so ist ein Weg zur Lösung des Konflikts kaum zu erblicken. Nach Lage der Dinge kann die Sozialdemokratie wohl nur dann im Reichskabinett weiter verbleiben, wenn die Reichsautorität, wie in Sachsen, so auch in Bayern wiederhergestellt wird. Die Demokraten haben sich übrigens dieser Auffassung von der Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände offiziell angeschlossen.

Sozialdemokratie und große Koalition

Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

Die Sozialdemokraten haben, wie aus Berlin gemeldet wird, am Mittwoch in einer Fraktionssitzung, die mehr als sechs Stunden dauerte, die Bedingungen aufgestellt, unter denen sie ihre Minister im Reichskabinett belassen wollen. An der Sitzung nahmen die sozialdemokratischen Minister Schmidt, Sellmann und Habruch teil.

Nach einem Referat des Vorsitzenden, Abg. Müller, über die allgemeine politische Lage sprach der Innenminister Sellmann, der sich vor allem gegen die Darstellung wandte, daß die sozialdemokratischen Minister dem Ultimatum und der Ablehnung der sächsischen Regierung zugestimmt hätten. Aus dem Schlußsatz des Referates, den der Reichskanzler an den sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner gerichtet hat, ergebe sich, daß sich dieses Vorgehen nicht auf einen Kabinettsbeschuß gründe, sondern ein Akt der Stellen war, denen durch den Ausnahmezustand die vollziehende Gewalt übertragen war.

Von mehreren Ministern wurde gegen ein sofortiges Ausscheiden der sozialdemokratischen Minister aus der Reichsregierung eingewendet, daß die sächsische Landtagsfraktion und einige Minister aus dem Zeigner-Kabinett durch die Bildung der neuen sozialistischen Landesregierung selbst den Standpunkt aufgegeben haben, daß das Kabinett Zeigner nach wie vor die verfassungsmäßige Regierung sei. Die Beratungen schlossen mit der Annahme folgender Entschließung:

Die sozialdemokratische Fraktion kann in der Koalition nur verbleiben, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

1. Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes.
2. Die Reichsregierung behandelt das Verhalten der bayerischen Machthaber offen als Verfassungsbruch und unternimmt im Einklang mit der Reichsverfassung sofort die gebotenen Schritte gegen Bayern.
3. Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Sachsen ist Aufgabe der Schutzpolizei. Reichswehrhilfe ist nur auf Anordnung des Inhabers der Zivilgewalt heranzuziehen. Neuerdings in die Reichswehr eingestellte Anhänger rechtsradikaler Bestrebungen sind zu entlassen.

Dieser Beschluß wurde mit über 100 Stimmen angenommen. Anwesend waren etwa 130 Abgeordnete, von denen sich die Nichtzustimmenden der Stimmabgabe enthielten. Der Beschluß wurde ferner dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler, der übrigens betätigt ist, übermittelt. Es sollen auch folgende zwei Fragen zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht werden:

1. Die Gewährung wertbeständiger Löhne ist schnellstens zu regeln und 2. die Landwirte sind zur Lieferung von Nahrungsmitteln zu zwingen. Die offen zutage tretende Sabotage des Landbundes und der Landwirte ist zu bekämpfen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion will am heutigen Donnerstag erneut zusammentreten, in der Annahme, daß bis dahin eine Stellungnahme der Reichsregierung und der anderen Koalitionsparteien zu ihren Forderungen herbeigeführt sei. Was die einzelnen Voraussetzungen betrifft, die der Fraktionsbeschluß für das Verbleiben der Sozialdemokraten in der Koalition aufstellt, so erscheint es zunächst als fraglich, ob eine Einigung darüber mit den anderen Koalitionsparteien und innerhalb der Regierung ohne weiteres herbeigeführt werden kann. Es ist bekannt, daß sich die Länder wiederholt, zuletzt einstimmig — mit Ausnahme Bayerns — in der Ministerpräsidentenkonferenz vor acht Tagen für die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes ausgesprochen haben. Aber innerhalb der Reichsregierung dürfte der Widerstand gegen die Erfüllung dieser Forderung vorerst noch sehr stark sein, auch bei dem Reichskanzler selbst. Würde man sich allerdings zur Beseitigung des militärischen Ausnahmezustandes entschließen, so würde sich die Erfüllung der unter Nummer 3 aufgestellten Forderungen bezüglich der Verhältnisse in Sachsen von selbst ergeben. Die zweite Forderung, die sich auf Bayern bezieht, ist wohl mit Veranlassung durch die bekanntgewordene ablehnende Stellungnahme der bayerischen Regierung zu dem Ersuchen der Reichsregierung vom letzten Samstag. Im ganzen gesehen ist der Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion so kategorisch gefaßt, daß er eine baldige klare Entscheidung der Regierung verlangt. Es ist zu befürchten, daß man sich jetzt auf beiden Seiten schon so stark festgelegt hat, und gleichzeitig ist die innerliche Entfremdung in der Koalition schon so weit gediehen, daß eine rasche und außerdem die Gewähr der Dauer in sich tragende Einigung außerordentlich erschwert ist.

Um die Frage zu klären, wer die Verantwortung für die scharfe Art des Vorgehens gegen die sächsische Regierung trägt, veröffentlicht der „Vorwärts“ den Schlußabsatz des Schreibens, das Reichskanzler Dr. Stresemann am 27. Oktober an den damaligen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner gerichtet hat. Dieser Absatz lautet:

„Ich erlaube Sie, mir über den Rücktritt der Regierung innerhalb des morgigen Tages, den 28. Oktober Nachricht zu geben. Im Falle einer Neubildung der Regierung auf anderer Grundlage ohne Mitwirkung kommunistischer Mitglieder nicht sofort herbeigeführt und dadurch die Ruhe, Sicherheit und Ordnung des Landes weiter gefährdet werden sollte, wird der Inhaber der vollziehenden Gewalt einen Reichskommissar bestellen, der die Verwaltung des Landes bis zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in die Hand nimmt.“

Das sozialdemokratische Blatt stellt in dem Zusammenhang fest, daß weder die Verordnung des Reichspräsidenten über die Ernennung des Reichskanzlers zum Einschießen gegen die Regierung Zeigner noch die Ernennung des Reichskommissars dem Reichskabinett vor dem Vollzug vorgelegen habe. Man scheint also jetzt auf sozialdemokratischer Seite den Nachdruck darauf zu legen, daß die sozialistischen Kabinettsmitglieder bei den Entscheidungen übergegangen worden sind, die nach der Stellung des Ultimatus an die sächsische Regierung von der Reichsregierung gefaßt wurden.

Englische Noten

Einladung zur Beteiligung am Sachverständigenausschuß

Die englische Regierung ließ Mittwoch nachmittags den alliierten und assoziierten Regierungen eine neue Note zugehen. Darin wird die Zusammenberufung eines Sachverständigenkomitees vorgeschlagen, das in der nächsten Zeit in Berlin tagen soll.

Wie die „Times“ erzählt, wird sich die englische Regierung sofort mit der amerikanischen in Verbindung setzen und ihre Ansicht mitteilen, die dahin geht, daß der Einberufung eines Sachverständigenkomitees keine Hindernisse mehr im Wege stehen. Nach der gleichen Quelle sei auch mit Sicherheit damit zu rechnen, daß der amerikanische Vertreter eingeladen wird, in diesem Sachverständigenkomitee den Vorsitz zu führen. Das Blatt erklärt ferner, daß die englische Regierung jedenfalls keinen weiteren Versuch mehr unternehmen werde, um Poincaré zu einer Änderung seiner Haltung in der Frage des Programms dieser Sachverständigenberatungen zu veranlassen.

Englischer Protest gegen die Anerkennung der Sonderbündler

Wie das Pariser Havas-Büro von antlicher Seite meldet, hat die englische Regierung ihre Botschafter in Paris und Brüssel beauftragt, der belgischen und französischen Regierung anzukündigen, daß England die Legalität der sogenannten provisorischen Rheinregierung der Forten und Matthes nicht anerkenne, und daß England jeden Versuch, den separatistischen Aufstand in die britische Zone nach Köln hin zu tragen, verhindern werde.

Nach dem „Echo de Paris“ hat der britische Botschafter in Paris zum Ausdruck gebracht, daß die separatistische Bewe-

gum, nicht den Gefühlen der rheinischen Bevölkerung entsprechen. Die englischen Botschafter haben die Haltung der belgischen und französischen Regierung gegenüber den Separatisten kritisiert und haben sie als eine Verletzung des Versailler Vertrages bezeichnet.

Ein französischer Kommentar

Die Pariser Sabasagentur teilt mit: Durch Vermittlung ihres Botschafters in Paris hat die englische Regierung am Mittwoch zwei Schritte bei der französischen Regierung unternommen, deren Charakter unterstreichen werden muß, denn sie entsprechen in glücklicher Weise den von der französischen Regierung in ihrer ersten Note bekundeten entgegenkommenden Dispositionen. Das Foreign Office hat am Quai d'Orsay auf die Rechtsfolgen aufmerksam gemacht, die die Lösung gewisser deutscher Provinzen von Deutschland nach sich ziehen könnte, durch den Umstand, daß sie den Vertrag von Versailles nicht unterzeichnet und infolgedessen nicht unmittelbar die Verpflichtungen übernommen hätten, die sich für das Reich daraus ergäben. Der diplomatische Berichterstatter der Sabasagentur glaubt zu wissen, daß die englische Mitteilung entgegen gewissen Pressenmeldungen sich auf diese Erklärung beschränkt. Sie bringe keine Kritik an den Maßnahmen vor, die die französische und belgische Regierung angesichts der separatistischen Bewegung zu treffen veranlaßt worden sind, um in ihren Besatzungszonen die Ordnung aufrechtzuerhalten. Eine gleichlautende Mitteilung ist in Brüssel der belgischen Regierung gemacht worden.

Der zweite englische Schritt hat den Zweck, der französischen Regierung den Vorschlag zu machen, eine Kollektivbindung Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens an die Vereinigten Staaten erreichen zu lassen, sich in dem Sachverständigenausschuß vertreten zu lassen, der damit betraut werden würde, eine wirtschaftliche Enquete über die deutsche Zahlungsfähigkeit und über die Mittel vorzunehmen, über die Deutschland zur Begleichung seiner Schuld verfügt. Die vier Mächte würden Amerika ihren Dank für seine Mitwirkung ausdrücken, um es zur Ernennung eines Delegierten durch Vermittlung des amerikanischen Beobachters in der Reparationskommission zu veranlassen. Wie man sieht, so fügt der Sabas-Redakteur hinzu, erhebt die englische Regierung keinerlei Einwände. Sie verlannt von der franz. Regierung keinerlei weitere Angaben über ihre Absichten, wie aus London schließlich gemeldet war. Poincaré hat natürlich nicht die Zeit gehabt, die beiden englischen Mitteilungen heute zu beantworten. Der Geist freundschaftlicher Zusammenarbeit, der aus ihnen spricht, dürfte in den beteiligten Kreisen beherzigt und gewürdigt werden. Inzwischen ist der französische Standpunkt in den beiden Fragen, die die Note behandelt, so entschieden klar, daß man mit aller Wahrscheinlichkeit den Sinn der Antwort des Quai d'Orsay voraussehen kann. Was die separatistische Bewegung im Rheinland anlangt, gedenke die französische ebenso wie die belgische Regierung die Verantwortung zu übernehmen, denn sie lasse die beteiligte Bevölkerung auf ihr eigenes Ermessen handeln.

Eine sachliche Niederlage Poincarés

Die Reparationskommission hat, wie gemeldet, auf Antrag des englischen Delegierten die Prüfung der deutschen Note zu veranlassen. Zum Verständnis dieses englischen Antrags muß daran erinnert werden, daß England ein Zusammenarbeiten deutscher Vertreter mit den Sachverständigen wünscht und die Anhörung deutscher Vertreter deshalb hinauschieben will, bis die verbündeten Regierungen sich über die Aufnahmehaltung und die Befugnisse des Sachverständigenausschusses geeinigt haben.

Die Pariser Abendblätter behaupten, England habe einen starken Druck auf Frankreich ausgeübt, um die sofortige Anhörung deutscher Vertreter zu verhindern. Der englische Delegierte habe gedroht, daß er die Frage, ob die Anhörung nach dem Versailler Vertrag zulässig sei, aufrollen werde, falls Frankreich kraft seines Präsidenten-Vorrechts mit Hilfe Belgiens die sofortige Anhörung deutscher Vertreter beschließen sollte. Der „Temps“ greift England im Leitartikel wegen seiner Haltung in dieser Frage scharf an.

An französischen Kreisen verbreitet man nicht, daß man von dem Verlauf der Sitzung wenig erbaute ist. Nur Quai d'Orsay wurde erklärt, die Beratung sei „ohne Interesse“ gewesen, da die Besprechung der deutschen Note vorant worden sei. Die Reparationskommission habe sich nur mit „sekundären Fragen“ beschäftigt.

Das Sparprogramm der Reichsregierung

Das bereits mitgeteilte Spar- und Abbauprogramm der Reichsregierung verweist auf die ernste Finanzlage des Reiches, die es notwendig macht, die Unterhaltungen für unsere unter der Gewalt der Franzosen und Belgier befindlichen Provinzen an Rhein und Ruhr auf das äußerste zu beschränken. Wenn wir der Bevölkerung und der Wirtschaft der besten Gebiete nicht mehr zu helfen können, wie wir möchten, so sei es unermesslich und selbstverständlich, daß auch für das gesamte Deutschland schwere Einschränkungen eintreten müssen. Grundlage für jede Leistungsmöglichkeit sei, daß in absehbarer Zeit der Haushaltsplan des Deutschen Reiches einschließlich der Länder und Gemeinden ins Gleichgewicht gebracht werde. Die erforderlichen Schritte müßten, da keinerlei Zeit zu verlieren sei, schnell und durchgreifend getan werden. Zu dem neben anderen festgestellten, bereits mitgeteilten Maßnahmen vorzusehenden Abbau des Beamtenkörpers wird darauf hingewiesen, daß das deutsche Volk nicht mehr die wirtschaftlich nützlichsten Kräfte des Beamtenapparats, der heute die Last zu tragen. Für die in kurzem absehbarer Frist vorzunehmende Verabschiedung der Beamtenzahl um 25 vom Hundert hat die Auswahl der zu Entlassenden auf Grund der Beamtenabbaubestimmung zu treffen. Politische und konfessionelle Gesichtspunkte dürfen dabei keinerlei Rolle spielen. Bei Bemessung des Wartelohnes sei die Regierung bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit gegangen. Der Abbau beziehe sich naturgemäß auch auf die Angestellten des Reiches, von denen nur die aus zwingenden dienstlichen Gründen unentbehrlichen Kräfte beibehalten werden sollen. Die Ausdehnung der entsprechenden Maßnahmen auf die Länder und Gemeinden ist gewährleistet. Alle Maßnahmen des Beamtenabbaus sind so getroffen, daß der Charakter des Berufsbeamten ums, das eines der festesten Träger des Staates ist und bleiben, muß, gewahrt wird. Angelehrt würde angesichts der außerordentlich ernsten Finanzlage des Reiches für das Berufsbeamtenamt eine dringende Gefahr entstehen, wenn nicht rechtzeitig durch Verminderung der Zahl auf das Erträgliche und Notwendige, die Grundlage für eine Neubestimmung geschaffen würde.

Die Reichsregierung geht davon aus, daß die gesamte Bevölkerung aus der mitleidigen Entwicklung unserer Vermögensverhältnisse schon selbst entnommen habe, daß es ohne stärkere Einschränkungen keinen Ausweg aus dem Unheil gibt. Die Reichsregierung werde deshalb gemäß den nach Erlass des Ermächtigungsgesetzes sofort gefassten Beschlüssen in der Einschränkung der Ausgaben auf allen Gebieten fortfahren, gleichzeitig aber auch für eine entsprechende Umgestaltung unseres Dienstvertrages Sorge tragen und so der Lebensfähigkeit des

Reichs und Auslandes beweisen, daß sie von dem festen Willen erfüllt sei, den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen.

Über den Inhalt des Abbauprogramms wird noch gemeldet: Beim Abbau des Beamtenkörpers des Reiches sollen, wie bereits gemeldet, zunächst alle über 65 Jahre alten Beamten entfernt werden. Im übrigen soll der Personalkörper um 25 Prozent verringert werden. Um einen Anreiz zum freiwilligen Ausscheiden zu geben, wird den Beamten eine Reihe von Vergünstigungen geboten. Lebenslanglich angestellte Beamte können auf Antrag gegen Gewährung einer Abfindungssumme, die je nach dem Dienstalter abgestuft ist und das ein- bis achtfache des letzten Monatslohens beträgt, entlassen werden. Überzählige Personen sollen von amtswegen entlassen werden, wobei in erster Linie die Leistungsfähigkeit entscheidet. Bei gleichartigen Leistungen und gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen scheidet die über 60 Jahre alten Beamten aus. Berücksichtigt wird auch der Familienstand und die Zahl der vorhandenen Kinder. Schwerbeschädigte Beamte kommen in erster Linie in Frage. Die Beamten selbst und die Beamtenvertretungen sind zur richtigen Würdigung der sozialen Verhältnisse zu hören. Politische, konfessionelle oder gewerkschaftliche Betätigung dürfen keinen Grund zur Entlassung bilden. Für Beamte mit über 10jähriger Dienstzeit ist die Veretzung in den einstufigsten Ruhestand mit einem Wartelohn, das je nach der Dienstzeit 40 bis 80 v. H. beträgt, vorgesehen. Für verheiratete weibliche Beamte wird die Kündigungsmöglichkeit eröffnet, auch wenn sie bereits lebenslanglich angestellt sind, aber nur wenn die wirtschaftliche Versorgung sichergestellt ist. Die nach der Verfassung gewährten Ausnahmestellen für weibliche Beamte müssen eingeschränkt werden, da sich die Beschäftigung Verheirateter als dem Dienstinteresse abträglich herausgestellt hat. Beamte und Beamtenanwärter dürfen nicht neu eingestellt werden. Bis zum 1. April 1924 ist eine Beschränkungsliste angeordnet. Angestellte sollen, soweit nicht zwingende dienstliche Gründe entgegenstehen, mit einer Abfindungssumme entlassen werden, die weibliche Angestellte nur dann erhalten, wenn ihre wirtschaftliche Versorgung nicht gesichert ist. Eine Kürzung der Ruhegehälter und Wartelöhner tritt ein, wenn der Empfänger noch ein weiteres steuerbares Privat Einkommen besitzt. Eine Reihe von Bestimmungen auf dem Gebiete des Versorgungswesens dient einer weiteren erheblichen Einschränkung der Ausgaben.

Die Stellungnahme der Beamtenverbände

Dienstag nachmittag fand in Berlin eine Besprechung sämtlicher Beamtenorganisationen statt, in der auf die Anregung des freigewerkschaftlichen Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes die Bildung einer Kampfgemeinschaft der Beamtenverbände im Hinblick auf den bevorstehenden Abbau der Beamtenzahl und die Verlängerung der Arbeitszeit erörtert wurde. Wie die „Frankf. Zig.“ berichtet, handelte die Vertreter der verschiedenen Beamtenvereinigungen grundsätzlich dem Gedanken eines engeren Zusammenchlusses mit Sympathie gegenüber. In der weiteren Erörterung ergab sich jedoch, daß bezüglich der Streikfrage eine Verständigung ausgeschlossen war. Der Vertreter des Reichsbundes der höheren Beamten gab die Erklärung ab, daß sein Verband einen Streik für grundsätzlich unvereinbar mit dem Berufsbeamtentum halte. In ähnlichem Sinne sprach sich ein Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes aus. Die Konferenz verlief infolgedessen ergebnislos.

Politische Neuigkeiten

Die französischen Vereinbarungen mit der Ruhrindustrie

Aus Paris wird gemeldet, daß die Großindustriellen Stinnes, Müller, Wögelers am Dienstag morgen in Düsseldorf eingetroffen sind und die Beratungen mit der interalliierten Kontrollkommission fortgesetzt haben. Am Quai d'Orsay beurteilt man den Stand der Verhandlungen optimistisch und rechnet mit der baldigen Unterzeichnung eines Abkommens, das den mit Krupp abgeschlossenen Vereinbarungen angelehrt vollkommen gleichen wird. An der Börse hat die Nachricht von den Vereinbarungen mit den Ruhrindustriellen ein Steigen des französischen Franken zur Folge gehabt. Das englische Pfund fiel von 76,99 auf 76,01, der Dollar von 17,17 auf 16,95 Franken.

Die französische Presse veröffentlicht ein offizielles Kommuniqué, das die interalliierte Ingenieurkontrollkommission in Düsseldorf ausgegeben hat. Es heißt darin, daß bei den Verhandlungen mit den Ruhrindustriellen die technischen Einzelheiten und die abzufassenden Abkommen geprüft und präpariert wurden, insbesondere über die Lieferung von Kohlen für die Wiedergutmachung, die Zahlung der Kohlensteuer sowohl für die Zeit seit dem 11. Januar wie für die kommenden Monate, die Verordnungen für die Ausfuhr und die Verladung nach dem unbesetzten Deutschland. Über verschiedene Punkte gestatte der stattgefundenen Meinungsaustausch, die Möglichkeit ins Auge zu fassen, in einer nahen Zukunft zu einer befriedigenden Lösung zu gelangen. Die Unterhandlungen werden fortgesetzt.

Die Lage in Sachsen

hat sich, wie gemeldet, gebessert. In einer Dresdener Korrespondenz der „Frankf. Zig.“ heißt es:

Der Generalkonferenz hat überall nur Teilerfolge gehabt; in Leipzig und Dresden ist er kaum in Erscheinung getreten. Allerdings hat das Reformationsfest, das in Sachsen gefeiert wurde, und allgemeine Arbeitsruhe ist, die tatsächliche Befolgung des Generalstreikbeschlusses etwas unzureichend gemacht. Zu der Verhinderung in den Meissen, soweit sie nicht zum Kommunismus gehören, hat die Beteiligung der aktiven politischen Kräfte stark beigetragen. Die Überleitung des mit der Bestellung des Reichskommissars geschaffenen politischen Ausnahmezustandes in eine verfassungsmäßig parlamentarische Regierungsbildung ist auf dem Wege. Es bedurfte der großen Anstrengungen von Weiz und Wittmann, die aus Berlin herübergekommen waren, um die sächsischen Sozialdemokraten zu einer Politik des Einlenkens zu bewegen. Verleitet hatte nicht nur der Eingriff der Reichsregierung an sich, sondern vor allem die stramme Art der Durchführung. Es steht außer allem Zweifel, daß das Ministerium Zeigner von selbst dazu gekommen wäre, die Kommunisten aus der Regierung auszuscheiden.

Zur Herstellung der großen Koalition in Sachsen haben sich die sächsischen Sozialdemokraten allerdings nicht bewegen lassen. Gerade weil sie den Druck mit den Kommunisten in so ungewohnter Weise vollzogen haben, dürften sie aus Rücksicht auf ihre eigene Linie nicht sofort mit den Bürgerlichen in eine Koalition mit gemeinsamer Regierungsbildung eintreten. Sie behalten sich also ausdrücklich vor, ein sozialistisches Minderheitskabinett zu bilden. Die Ministerliste selbst, die sie in den Vorverhandlungen aufgestellt hatte, findet freilich in den bürgerlichen Parteien nicht vollen Anklang. Aber es ist klar, daß Hellwig Vertreter der linken Gruppe in der Partei ins Kabinett aufnehmen muß, wenn er nicht ein Ab-

stufen aus den Reihen der Partei zum Kommunismus provozieren will.

Die Konsolidierung der gegenwärtigen Lage hängt wesentlich auch vom Fortbestehen der großen Koalition im Reich ab. Bis zur Bildung des Kabinetts regiert das vom Reichskommissar Heine aus Bayern geleitete Geschäftskabinett. Wie schon gemeldet, will Hellwig sich mit seiner Regierung am nächsten Dienstag dem Landtag vorstellen.

Der bayerische Standpunkt

Der bayerische Gesandte in Berlin, v. Freger, der Mittwoch vormittag aus München nach Berlin zurückgekehrt ist, hat sogleich den Reichskanzler aufgesucht, um ihm die Auffassung der bayerischen Regierung über den Konflikt zwischen Bayern und der Reichsregierung mitzuteilen. Über diesen Standpunkt der bayerischen Regierung wird amtlich aus München mitgeteilt:

Der bayerische Ministerrat hat sich am Dienstag mit der von der Reichsregierung an die bayerische Regierung gerichteten Frage beschäftigt, ob sie bereit sei, in kürzester Zeit die verfassungsmäßige Befehlsgewalt im bayerischen Teile der Reichswehr wiederherzustellen. Die bayerische Regierung hat am 22. Oktober den bayerischen Teil der Reichswehr zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Bayern zur Wahrung der bayerischen Belange bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen Bayern und dem Reich als Treuhänderin des deutschen Volkes in Pflege genommen. Diese Maßnahme ist auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erfolgt. Der dadurch geschaffene Rechtszustand ist daher verfassungsmäßig. Die Veranlassung bildete der neuerliche Eingriff in die staatliche Polizeigewalt Bayerns. Er hat die grundsätzliche Frage des Verhältnisses zwischen dem Reich und den Einzelstaaten aufgerollt. In erster Linie muß diese Frage im Interesse des Reiches und der Länder einer endgültigen Lösung zugeführt werden, um Sicherheit dafür zu schaffen, daß Konflikte für die Zukunft unmöglich werden, wie sie bisher Jahr für Jahr das politische Leben des Reiches und der Länder erschüttert haben. Einigkeit bestand auch darüber, daß eine Veränderung im Oberbefehl des bayerischen Teiles der Reichswehr untragbar wäre. Die Fassung der Reichsregierung zu erzielenden Antwort bleibt weiterer Beratung vorbehalten.

Die Lage an der nordbayerischen Grenze

Im „Vorwärts“ wird eine als „streng geheim“ bezeichnete Anordnung des Generalstaatskommissars von Ruhr veröffentlicht, in der den bayerischen Grenzbeamten eine besondere Vorsichtsmahregeln zur Beobachtung der sächsischen und holländischen Grenze gegeben werden. Es sollen bestmögliche Vorgehensrichtlinien erfindet und insbesondere schnell festgestellt werden, ob in Sachsen und Thüringen bereits kommunistische und sonst linksstehende Organisationen bestehen, wo und in welcher Stärke und zu welchem Zweck. Weiter soll festgestellt werden, ob ein kommunistischer Kurierdienst in Tätigkeit sei, ob er in Verbindung mit kommunistischen Anhängern in Bayern steht, endlich ob die Mächte bestrebt, jenseits der bayerisch-sächsischen und thüringischen Grenze bei allenfallsigen Reichsaktionen Widerstand zu leisten. Die sozialistischen und kommunistischen Führer sollen überall streng überwacht werden. Dabei sollen sie vor allem mit den vaterländischen Verbänden Verbindungen aufnehmen und unterhalten.

Gleichzeitig veröffentlicht der Sozialdemokratische Parlamentsdienst sehr eingehende Mitteilungen über den Aufmarsch der Brigade Ehrhardt im Raum von Koburg. Es handelt sich danach bisher bereits um 14 Kompanien, eine Batterie Feldkanonen und einen Nachrichtenzug. In der Gegend von Koburg sind Schießübungen mit scharfer Munition abgehalten worden, denen u. a. der frühere Herzog von Koburg, der sich bekanntlich regelmäßig an national-sozialistischen Veranstaltungen beteiligt, beigewohnt hat. An mehreren Punkten nahe der thüringischen Grenze sollen bereits Geschütze in Stellung gebracht worden sein. Auch aus der Gegend von Kronach kommen neue Meldungen über die Ansammlung rechtsradikaler Kampfbünde, ebenso aus der Umgebung von Eichtersberg, in dessen Nähe auch Geschütze stehen sollen. Die Städte Koburg und Bamberg, das offenbar den Hauptquartierort darstellt, gleichen nach verschiedenen Berichten richtigen Kriegslagern.

Kontroll für Lebensmittel

Am dem Wirtschaftsleben Zeit zu lassen, sich auf die Goldwährung umzustellen, führt, wie bereits angekündigt, der Reichsverkehrsminister aus schonendster Rücksicht auf die Ernährungslage vom 1. November ab einen Kontrolltarif für Lebensmittel ein. Die jeweils geltenden Tariffsätze der regelrechten Tarifklasse und der Ausnahmetarife werden für folgende Lebensmittel um 30 Prozent ermäßigt werden: 1. Getreide und Hülsenfrüchte; 2. Mühlenenergie; 3. Teigwaren, trockene Suppen u. dergl.; 4. Früchte, Feld- und Gartenfrüchte der Klasse C und E; 5. frische Mohrrüben und frische Kohlrüben, Klasse F; 6. Seefische usw. des Ausnahmetarifes 8; 7. Milch des Ausnahmetarifes 25; 8. Butter, Schmalz, Margarine, Fett aus pflanzlichen und tierischen Stoffen der Klasse D, zur menschlichen Ernährung bestimmt; 9. Käse und Quark.

Was die deutschen nationalen Reaktionen wollen

In einer Versammlung der Deutschen Nationalen in Neulissen feierte der deutsche nationale Führer Herrgott das Vorgehen Bayerns gegen das Reich und führte dabei aus:

Wahrheitsgemäß nimmt die Reichsregierung an, daß Herr v. Raab und General v. Lossow zu Kreuze kriechen werden. Das ist jedoch eitle Hoffnung. Die einzige Lösung ist, den Feindlich verhandelnden Raab zu verhaften und getötet zu lassen. Es kann kein Kompromiss hier geben. Die Lösung kann nur sein, daß die Reichsregierung eine Weisung über sich ergehen läßt und die Sozialdemokraten aus der Regierung ausschließen (Stürmischer Beifall). Streifemantel darf sich dieser Erkenntnis nicht verschließen. Ich rufe Streifemantel zu: „Eine Stunde ist gekommen!“ Wir wollen eine Regierung der Nationalen. Wir wollen, daß es zum Abbruch mit dem Feinde kommt, koste es, was es wolle (Stürmischer Beifall). Man muß, so lange es die Not verlangt, ohne ja gegen die Sozialdemokratie regieren. Wenn die Verhältnisse stark genug sind um Streifemantel zu der Erkenntnis zu bringen, daß er nicht der richtige Mann ist, wird auch Herr Raab zu dieser Erkenntnis kommen. Es muß zum Kurswechsel kommen! Auch die Industrie und die christlichen Gewerkschaften (?) müssen auf den Plan treten, um sich zu vereinen zu dem Appell an den Kaiser und den Reichspräsidenten: „Eure Stunde ist gekommen! Nur keine Kompromisse mehr.“

Kurze Nachrichten

Die Reichsindizes für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Bekleidung und Vorkleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Montag, den 29. Oktober, auf das 13,671 Millionenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorkriegszeit (3045 Millionen) beträgt demnach 349 Prozent.

Deutsche Treueverbände Rheinlands. Der Dienstag nachmittag in Mainz zusammengetretene Landtag der Provinz Rheinlands erließ als berufene Vertretung der Bevölkerung in Stadt und Land einmütig folgenden Aufruf: Die Provinz Rheinlands steht treu zum Deutschen Reich und zum Reichskönig. Sie lehnt die separatistischen Bewegungen mit aller Entschiedenheit ab und beurteilt sie auf das schärfste.

Das Kohlenabkommen mit England. Die englischen Ver-
tragspartner, das die Berliner Kohlen-
werke zur Deckung des Bedarfs der Reichseisenbahn in London
abgeschlossen haben, nunmehr endgültig zustande gekommen sei.

Der Hessische Landtag wurde für Dienstag, den 6. November,
vormittags 10 Uhr einberufen. Voraussichtlich werden einige
Sprachreise Regierungsverträge, darunter die Beamtenbeför-
derungsnovelle der ersten Kammer u. a. verabschiedet werden.
Auch wird voraussichtlich ein Ermächtigungsgesetz zur Vorlage
kommen. Einen wichtigen Teil der Beratungen wird vor allem
die politische Lage in Rheinhesse bilden.

Neue Getreideregeln. Wie zusammenfassend mitgeteilt wird,
haben die Franzosen und Belgier in den letzten Tagen aus
Lebensmittelpunkten und Privatbäckereien im Ruhrgebiet Reichs-
kontrollen im Werte von 1 1/2 Trillionen Mark weggenommen.

Das Urteil gegen Anspach. Im Prozeß gegen den bekannten
russischen Anspach wurde der Angeklagte zu drei Jahren Ge-
fängnis verurteilt.

Eine holländische Hilfsaktion für Deutschland. Die Leitung des
niederländischen Roten Kreuzes ergriff die Initiative zur
Schaffung einer allgemeinen Kommission zur Unterstützung
Kriegsleidender in Deutschland.

Das Budgetdefizit der Schweiz konnte auf 37,5 Milliarden
reduziert werden. Im Budgetentwurf für 1923 ist man auf
einen Fehlbetrag von 80 Millionen gekommen. Die Einnahmen
nehmen sich mit 186 Millionen im Budget eingestellt.

Einstellung des deutschen Unterrichts in Süditalien. Nach Mel-
dungen aus Innsbruck ist die Verordnung der italienischen Re-
gierung über die Einstellung des deutschen Unterrichts in Süd-
italien bereits erschienen. Sie hat in allen Volksschulen mit
Beginn des laufenden Schuljahres in der ersten Klasse Platz
zu greifen. Der Unterricht wird nur in italienischer Sprache
erhalten, in deutscher gegebenenfalls in Nebenstunden. Im näch-
sten Jahre erfolgt der Unterricht auch in der zweiten Klasse in
italienischer Sprache und so weiter in den folgenden Jahren
vorwiegend.

Währungsreform auch in Polen. Nach einer Meldung der
Polnischen Telegraphenagentur wollen Finanzleute und In-
dustrielle das Programm des Finanzministers unterstützen.
Dieses sieht eine sofortige Währungsreform, die Gründung
einer Emissionsbank und eine Aufwertung der Steuern vor.

Politisches Attentat in Bulgarien. Der frühere bulgarische
Minister Genadiev wurde, wie aus Sofia gemeldet wird,
Dienstagabend beim Betreten seines Hauses ermordet. Der
in seiner Begleitung befindliche frühere Gesandte in Berlin,
Schlosser, wurde schwer verletzt.

Badische Uebersicht

Schlüsselzahlen

Bad. Einzelhandel: 18 (Vortag 16 Milliarden).
Karlsruher Feuerungszeit (mit Beleuchtung): Stichtag 29. Ok-
tober: 13 223 019 035,74 (Vortage 4 625 807 768).
Badische Landesindexziffer (mit Beleuchtung): Stichtag 29.
Oktober: 14 623 837 055,57 (Vortage 4 836 805 634).
Badische Landesindexziffer (ohne Beleuchtung): Stichtag 29. Ok-
tober: 12 688 232 043,42 (Vortage 3 862 611 504).
Reichsindexziffer: Stichtag 29. Oktober 13 671 Mill. (Vor-
woche 3045 Mill.).
Großhandelsindexziffer: Stichtag 23. Oktober: 14 600 Mill.
(Vortage 1093 Mill.).
Gehaltsrechnungsabzug für die Reichsbeamten: 15 Milliarden.
Geldmarkt: 17 305 000 000.

Die badischen Goldschmuckweisungen

Nach einem im Bad. Gesetz und Verordnungsblatt ver-
öffentlichten Notgesetz ist die Gesamtsumme der badischen Gold-
schmuckweisungen auf 8 400 000 Goldmark (2 Millionen nord-
amerikanische Dollars) heraufgesetzt worden. Das Notgesetz
vom 22. Oktober sah lediglich eine Gesamtsumme von
2 100 000 Goldmark (500 000 nordamerikanische Dollars) vor.
Das Finanzministerium wird weiter ermächtigt, etwa ausge-
gebene unergänzliche Schmuckweisungen gegen verzinsliche
ungültig zu machen.

Karlsruher Konzerte

Die letzten Tage brachten an musikalischen Darbietungen
ein recht buntes Allerlei, so einen Lautenabend, ein Männer-
chorkonzert, ein Gesangs-Matinee, einen Niederabend. Über
solche verschiedenartige Veranstaltungen ohne innere Harmonie
läßt sich zusammenfassen kaum etwas sagen, somit bleibt
dem Berichterstatter nur die Möglichkeit, in chronologischer
Reihenfolge einige kritische Bemerkungen zu machen.

Dr. Hans Schbecke ist ein angenehmer Lautenspieler,
man sagt schon Vertrauen zu ihm, zu seinem Instrument
und seinen gut gewählten Vorträgen. Unter den zahllosen
Niederabenden auf diesem Gebiet zählt er zur sympathischsten Aus-
lese, weil er bei der Exekution in recht geschmackvollem Maße
den Reiz der Wiederholung vermeidet und auch über kultur-
historischen Wertes wegen Interesse.

Der Gesangsverein „Adonia“ feierte sein 52. Stichtags-
fest mit einem umfangreichen Konzert, das der anschließenden
Sängerchorwiederholung Gelegenheit bot, gediegenes Können
zu präsentieren. Das Solovortrag aller Männerchöre ist ja
keiner immer noch sentimentale Wiederholung. Mit Ausnahme
des einen Künstlers „Der Gottesdienst des Waldes“ (über-
genau eine der ungeschicktesten Arbeit des Einpaars künstlerisch
kaum löhnenwert Angelegenheit) haben die Sänger dem Stu-
dium des deutschen Sängerkundes-Liederbuchs weidlich ob-
gelegen. Besondere Beachtung verdient sich unter der Leitung
H. Frauchs die schönen Klangvollen Wäse. Solistisch wür-
gen das Programm die Geigerin Anita Forner, die
neben leichteren Stücken das sehr anstrengende Wieniawski-
Violinkonzert mit starkem Ausdruck spielte und Josef
Landwehr, die durch ihre hübsch entwickelte Stimme brei-
teste Wirkung erzielte.

Die Gifflerische Gesangsschule debütierte mit
einem Programm, das nach der Qualität der gewählten Ge-
sangsstücke größte Erwartungen aufkommen ließ. Es wurde
schlecht und recht bewältigt, wie man es von mehr oder minder
vorbereiteten Schülern und Schülerinnen verlangen konnte.
Kritisch war kaum etwas zu erfassen, zumal auch die unedle
Größe des beteiligten Apparates — ein Dubend Sänger und
Sängerinnen hintereinander — vielzweck die Aufmerksamkeit
teil abforderte. Dem Pädagogen Wilhelm Giffler brachte
die Matinee schon in dem äußerst starken Besuch und dement-
sprechenden Applaus jedenfalls den beabsichtigten Erfolg.

Heinrich Schlusnus ließ seinem Gastspiel im Lan-
desheater einen Niederabend im großen Festsaal folgen.
Wer mit einer ähnlichen Erfüllung seines künstlerischen Wil-
lens gerechnet hatte, wie am Sonntag als Nipoleto, sah sich
etwas enttäuscht. Bühnenkünstler lassen sich nicht ohne wei-
teres auf das ihnen ungewohnte Konzertpodium verpflanzen.
Ein unzulängliches Ereignis wurde es trotzdem nicht; denn
dieser fast tenorale Vortrag kann eben so Manches, was so
leicht auch kein gewöhnlicher Konzertfänger nachzumachen ver-

Liebestätigkeit der badischen Landwirte

Der Badische Bauernverein fordert seine Mitglieder noch-
mals dazu auf, von dem Ertrag der Ernte wie in früheren so
auch in diesem Jahre den Lebensmittelsammlungen für die
Bedürftigsten etwas zuzuführen zu lassen. Es ist dabei beson-
ders an die zahlreichen Krankenpflegestationen und charitativen
Anstalten gedacht.

Die Lebensmittelsammlung für die charitativen Anstalten
der Erzdiözese Freiburg ergab in den Orten Füssen, Lausheim
und Weigen und Umgebung circa 170 Zentner Kartoffeln, 12
Zentner Getreide, 1 Zentner Mehl, 1 Zentner Durobri, sowie
Eier, Butter und Speck.

Kommunale Rundschau

Der Kreisrat des Kreises Karlsruhe hat zur Bestreitung der
Kreisausgaben einer weiteren Kreissteuer zugestimmt. Die
von je 100 Mark Steuerwert wie folgt zu erheben ist: 1. vom
gewerblichen und land- und forstwirtschaftlichen Betriebsver-
mögen 40 000 Mark, 2. von Gebäuden 80 000 Mark, 3. von
einzelnen geschätzten Grundstücken und vom Bergvermögen
180 000 Mark und 4. vom Wald, von klassifizierten und
diesem gleich zu behandelnden Grundstücken und von einzel-
geschätzten Hofgütern 320 000 Mark.

Bürgermeister Drach in Heidelberg vollendete am Mon-
tag sein 50. Lebensjahr. Er stammt aus Offenbach und be-
stand 1902 nach vierjähriger Praxis das badische Staats-
examen. Von 1902—1909 war er im badischen Staatsdienst
mit dem Entwurf und der Leitung der Neubauten für die
Heil- und Pflegeanstalt in Wiesloch betraut, verließ 1910 den
Staatsdienst und widmete sich einige Jahre in München neben
bühler Tätigkeit dem Studium des städtischen Wohnungs-
wesens. Dort erwarb er auch die Würde eines Doktor-
Ingeneurs. Von München kam er 1918 als Bürgermeister
nach Heidelberg.

Zur Wirtschaftslage in Konstanz. Eine aus allen Berufs-
ständen aus den Kreisen der Zentrumspartei zusammengesetzte
Beratungsbank beriet in Konstanz kürzlich die Wege zur Be-
seinerung der gegenwärtigen Notlage. Gedanken, wie sie in ver-
schiedenen Schweizer Blättern kürzlich ausgesprochen wurden,
d. h. Bezugnahme auf die Schweiz oder Botschaftsgebiet
wurden dabei von der Konstanzener Zentrumspartei nicht bloß
aus vaterländischen, sondern auch aus heimlichen Gründen
als nicht diskutabel bezeichnet.

Aus der Landeshauptstadt

Allgemeine Kürzung der Ladenzzeit. Nachdem einerseits von
amtlicher Seite tatkräftig auf eine Streckung unserer Kohlen-
vorräte hingearbeitet wird, andererseits aber auch die Speisen
für Licht, Heizung usw. für den Einzelhandel ins unerträg-
liche angewachsen sind, hat die Ortsgruppe Karlsruhe der Lan-
deszentrale des badischen Einzelhandels beschlossen, für die
Wintermonate eine allgemeine Kürzung der Ladenzzeit in
Karlsruhe vorzunehmen. Es sollen ab 1. November sämtliche
Einzelhandelsgeschäfte mit Ausnahme des Lebensmittelhandels
nurmehr von 9—6 Uhr — mit entsprechender Mittagspause —
geöffnet sein. Der Lebensmittelhandel schließt eine halbe
Stunde später (1/2 Uhr). Bezüglich der Mittagspause wurde
eine generelle Regelung nicht getroffen, doch wird dem Ein-
zelhandel empfohlen, nach Möglichkeit allgemein die Zeit von
1/2 bis 1/3 Uhr als Mittagspause einzubehalten.

Mit Einführung des Goldbarik im Personenverkehr der Ei-
senbahn auf 1. November ist eine Erleichterung in oberbadischen
Grenzgebiet infolgedessen eingetreten, als der Verkehr der in
Deutschland liegenden Stationen unter sich im Durchgang durch
die Schweiz von der Anfangs- bis zur Bestimmungsstation
kürzlich nach dem deutschen Goldbarik berechnet wird. Die seit-
her bei der Berechnung der Fahrpreise für die auf Schweizer
Gebiet liegenden Reichsbahnstrecken zugrunde gelegten schweizer-
ischen Bundesbahntarife kommen daher in diesem Durch-
gangsverkehr nicht mehr zur Anwendung. Die für den Ab-
verkehr getroffenen besonderen Maßnahmen treten von diesem
Tage an außer Kraft.

Einschränkungen im Personenverkehr. Die Verschärfung der
allgemeinen Wirtschaftslage und die Pflicht zur aufrichtigsten
Erfüllung der Reichsbahn, alsbald einschneidende Ein-
schränkungen im Personenverkehr vorzunehmen. Die vom
Reichsverkehrsminister bereits angekündigten Maßnahmen
werden, wie amtlich berichtet wird, nach einem bereits festge-
legten Plan, der auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen Ver-
hältnisse abgestimmt worden ist, am Montag den 12. Novem-
ber durchgeführt werden. Etwa ein Fünftel des Fahrplanes
vom 1. Oktober fällt dann fort. An diese vorläufigen Ein-
schränkungsmaßnahmen werden sich sofort die Vorarbeiten für
den organischen Aufbau eines neuen auf schmälerer Grundlage
aufzubauenden Fahrplanes anschließen, der weitere Einschränk-
ungen bringen wird. Dazu werden die Fahrpläne der ein-
zelnen Strecken unter tunlichster Schonung der allgemeinen
Verkehrsinteressen so schnell wie möglich durchgearbeitet wer-
den, um weitere Ersparnisse zu erzielen. Die Reichsbahn-
direktionen werden dabei, soweit das angeht, mit den
Verkehrskreisen in Verbindung treten. Der neue Fahrplan
wird alsdann schleunigst durchgeführt werden. Die Änderun-
gen sollen derartig in Kraft treten, daß der Neuaufbau des
Fahrplanes binnen wenigen Monaten beendet ist.

Spende. Ausländische Kunstfreunde haben dem Oberbürger-
meister den Betrag von 500 holländischen Gulden zum Zwecke
der Wiederholung des ersten diesjährigen Symphoniekonzerts
des Landesheaters für solche kunstliebende Kreise zur Ver-
fügung gestellt, denen die Mittel zum Besuch der regelmäßigen
Konzerte fehlen.

Gegen die Postkassen. Zahlreiche Klagen über zu lang-
same Abfertigung an den Postkassen haben dem Reichspost-
minister Veranlassung gegeben, den Dienststellen die schlei-
nige Abfertigung des Publikums erneut zur Pflicht zu machen.
Die Postanstalten haben dafür zu sorgen, daß stets genügend
Schalter für den Verkehr geöffnet sind. Für Waisenaufzie-
herungen sind tunlichst besondere Schalter vorzusehen, oder es
sind Beamte hinter den Schaltern dafür zu bestimmen. Post-
werkzeuge der gangbarsten Sorten sind zum Verkauf in
kleinen Mengen an allen Briefannahmestellen, unter Umstän-
den auch an den Paketannahmestellen bereitzuhalten.

Millionenscheine. Wie die Blätter melden, werden im Laufe
der Woche noch Ein-, Zwei-, Fünf- und Zehn-Millionenscheine
zur Ausgabe gelangen. Außerdem wird auch noch die baldige
Ausgabe von Hundert-Billionenscheine erwogen.

Der neue Posttarif. Am heutigen 1. November tritt ein
neuer Posttarif in Kraft. Ein Fernbrief kostet 100 Mill. M.,
ein Ortsbrief 40 Mill. M., eine Postkarte im Fernverkehr 40
Mill. M., eine Postkarte im Ortsverkehr 20 Mill. M. — Auch
die Telefon- und Telegrammgebühren werden bedeutend er-
höht. Ein Ortsgespräch kostet 1,5 Milliarden M. Die Grund-
gebühren für ein Telegramm beträgt 2,4 Milliarden M., jedes
Wort kostet 1,2 Milliarden M.

Landesheater. Zwei bedeutende Werke stehen auf dem
Programm des zweiten Sinfoniekonzerts des badischen Lan-
desheaters-Orchesters, das am Montag, den 6. November 1/8
Uhr stattfindet. Die populärste der vier Sinfonien von Joh.
Brahms, die Sinfonie Nr. 2 in D-Dur, die man auch seine
pastorale Sinfonie genannt hat, kommt zum Vortrag. Dann
folgt die ungeheuer gleichzeitig mit ihr entstandene dritte Sin-
fonie in d-moll von Anton Bruckner. Die beiden, der
Wesensverchiedenheit ihrer Komponisten entsprechend recht
gegenfälligen Werke zu hören, dürfte nicht nur für den Ken-
ner eine große musikalische Freude sein, Brahm und Bruckner
zählen ja überhaupt zu den größten durch sie vielfache Anregung
und Bereicherung erfahren hat. Die Leitung des Abends, der
zu der rein klassischen Vortragsfolge des ersten Konzerts den
nachklassischen und neuromantischen Ausgleich bringen will,
liegt in der Hand von Operndirektor Fritz Cortelozis.

Ein Konzert zugunsten der Rolleidenen gibt Frau von
Ernst unter Mitwirkung von Herrn Albert Peters und Frä.
Martha Lehner am Samstag, den 3. November, abends 8 Uhr,
in ihrer Wohnung Leopoldplatz 7a. Das Konzert soll am
6. November wiederholt werden. Kartenverkauf Fr. Doert,
Dustalkienhandlung, Ritterstraße.

Landesheater. Zwei bedeutende Werke stehen auf dem
Programm des zweiten Sinfoniekonzerts des badischen Lan-
desheaters-Orchesters, das am Montag, den 6. November 1/8
Uhr stattfindet. Die populärste der vier Sinfonien von Joh.
Brahms, die Sinfonie Nr. 2 in D-Dur, die man auch seine
pastorale Sinfonie genannt hat, kommt zum Vortrag. Dann
folgt die ungeheuer gleichzeitig mit ihr entstandene dritte Sin-
fonie in d-moll von Anton Bruckner. Die beiden, der
Wesensverchiedenheit ihrer Komponisten entsprechend recht
gegenfälligen Werke zu hören, dürfte nicht nur für den Ken-
ner eine große musikalische Freude sein, Brahm und Bruckner
zählen ja überhaupt zu den größten durch sie vielfache Anregung
und Bereicherung erfahren hat. Die Leitung des Abends, der
zu der rein klassischen Vortragsfolge des ersten Konzerts den
nachklassischen und neuromantischen Ausgleich bringen will,
liegt in der Hand von Operndirektor Fritz Cortelozis.

Landesheater. Zwei bedeutende Werke stehen auf dem
Programm des zweiten Sinfoniekonzerts des badischen Lan-
desheaters-Orchesters, das am Montag, den 6. November 1/8
Uhr stattfindet. Die populärste der vier Sinfonien von Joh.
Brahms, die Sinfonie Nr. 2 in D-Dur, die man auch seine
pastorale Sinfonie genannt hat, kommt zum Vortrag. Dann
folgt die ungeheuer gleichzeitig mit ihr entstandene dritte Sin-
fonie in d-moll von Anton Bruckner. Die beiden, der
Wesensverchiedenheit ihrer Komponisten entsprechend recht
gegenfälligen Werke zu hören, dürfte nicht nur für den Ken-
ner eine große musikalische Freude sein, Brahm und Bruckner
zählen ja überhaupt zu den größten durch sie vielfache Anregung
und Bereicherung erfahren hat. Die Leitung des Abends, der
zu der rein klassischen Vortragsfolge des ersten Konzerts den
nachklassischen und neuromantischen Ausgleich bringen will,
liegt in der Hand von Operndirektor Fritz Cortelozis.

Landesheater. Zwei bedeutende Werke stehen auf dem
Programm des zweiten Sinfoniekonzerts des badischen Lan-
desheaters-Orchesters, das am Montag, den 6. November 1/8
Uhr stattfindet. Die populärste der vier Sinfonien von Joh.
Brahms, die Sinfonie Nr. 2 in D-Dur, die man auch seine
pastorale Sinfonie genannt hat, kommt zum Vortrag. Dann
folgt die ungeheuer gleichzeitig mit ihr entstandene dritte Sin-
fonie in d-moll von Anton Bruckner. Die beiden, der
Wesensverchiedenheit ihrer Komponisten entsprechend recht
gegenfälligen Werke zu hören, dürfte nicht nur für den Ken-
ner eine große musikalische Freude sein, Brahm und Bruckner
zählen ja überhaupt zu den größten durch sie vielfache Anregung
und Bereicherung erfahren hat. Die Leitung des Abends, der
zu der rein klassischen Vortragsfolge des ersten Konzerts den
nachklassischen und neuromantischen Ausgleich bringen will,
liegt in der Hand von Operndirektor Fritz Cortelozis.

Landesheater. Zwei bedeutende Werke stehen auf dem
Programm des zweiten Sinfoniekonzerts des badischen Lan-
desheaters-Orchesters, das am Montag, den 6. November 1/8
Uhr stattfindet. Die populärste der vier Sinfonien von Joh.
Brahms, die Sinfonie Nr. 2 in D-Dur, die man auch seine
pastorale Sinfonie genannt hat, kommt zum Vortrag. Dann
folgt die ungeheuer gleichzeitig mit ihr entstandene dritte Sin-
fonie in d-moll von Anton Bruckner. Die beiden, der
Wesensverchiedenheit ihrer Komponisten entsprechend recht
gegenfälligen Werke zu hören, dürfte nicht nur für den Ken-
ner eine große musikalische Freude sein, Brahm und Bruckner
zählen ja überhaupt zu den größten durch sie vielfache Anregung
und Bereicherung erfahren hat. Die Leitung des Abends, der
zu der rein klassischen Vortragsfolge des ersten Konzerts den
nachklassischen und neuromantischen Ausgleich bringen will,
liegt in der Hand von Operndirektor Fritz Cortelozis.

Landesheater. Zwei bedeutende Werke stehen auf dem
Programm des zweiten Sinfoniekonzerts des badischen Lan-
desheaters-Orchesters, das am Montag, den 6. November 1/8
Uhr stattfindet. Die populärste der vier Sinfonien von Joh.
Brahms, die Sinfonie Nr. 2 in D-Dur, die man auch seine
pastorale Sinfonie genannt hat, kommt zum Vortrag. Dann
folgt die ungeheuer gleichzeitig mit ihr entstandene dritte Sin-
fonie in d-moll von Anton Bruckner. Die beiden, der
Wesensverchiedenheit ihrer Komponisten entsprechend recht
gegenfälligen Werke zu hören, dürfte nicht nur für den Ken-
ner eine große musikalische Freude sein, Brahm und Bruckner
zählen ja überhaupt zu den größten durch sie vielfache Anregung
und Bereicherung erfahren hat. Die Leitung des Abends, der
zu der rein klassischen Vortragsfolge des ersten Konzerts den
nachklassischen und neuromantischen Ausgleich bringen will,
liegt in der Hand von Operndirektor Fritz Cortelozis.

mog. Vor allem war die Mithelhaftigkeit des Tonanfanges, das
schillernde Element in der mittleren und hohen Lage trotz
schwerer Indisposition zu bewundern. In der Gestaltung des
Einzelstüdes kam er jedoch über die konventionelle Form nicht
hinaus, ganz gleich ob er Schubert, Schumann, Strauss oder
Wolf sang. Seine prächtige Stimme stellte jedoch schnell
die direkte Brücke zum begeisterten Verständnis der Zuhörer
her und bereifte deren Hände in lebhafteste Bewegung. Schade,
daß der recht gute Begleiter aus Berlin, Dr. Felix Gün-
ter, sich mit einem sehr mittelmäßigen Flügel abfinden
mußte.

Mit Colin Ross in Zentralfragen. Der von den Badischen
Lichtspielen veranstaltete Vortragsabend von Dr. Colin Ross,
der heute Donnerstag wieder spricht, fand ein vollstän-
diges, konzentriertes, in Lichtbildern und Film führte der
Vortragsabend eine ganze Weltreise der verschiedenen mehr
oder weniger apostrophischen Völker Zentralasiens, Turkmänen,
Armenier, Russen, Georgier, Persier, Afghanen u. a. m. vor.
Außerordentlich interessant waren die vielen Straßen- und
Städtebilder. Dagegen traten die Landschaftsbilder, die man
gerne mehr gesehen hätte, fast in den Hintergrund. Über-
rascht war wohl jeder Besucher beim Anblick der Vorkur-
wälder der Stadt Waku. Die starken, monotonen, unendlich
sich aneinanderreihenden Bohrturm-Prismen, oft sich spie-
gelnd in jäheren Klümpeln bieten ein Bild, das modernen
Wätern willkommenen Vorwürfe abgeben könnten. Von den
anderen Gegenständen der Vortragsabend erzählt. Sein
über Beschäftigung und Inhalt des Vortragsabend erzählt. Sein
Auftritt, daß sich viele Deutsche als Pioniere zu diesen, den
Deutschen noch Sympathie entgegenbringenden Völkern bege-
hen möchten, hätte zweifellos stärker eingegriffen, wenn sich
die Hörer hätten eine Vorstellung machen können, welche Auf-
gaben dort zu erfüllen sind. Vorwundernswert ist es — wie
aus dem Vortrag hervorgeht —, was Sowjetrußland im Wie-
deraufbau geleistet hat. Allerdings muß man ja eigentlich
sagen, daß Sowjetrußland nur die ungeheure Hungernot,
von der ein Viertel eines schauererregenden Anblick zeigte, her-
abgeschworen. Gebessert werden die Verhältnisse durch die
natürliche Fruchtbarkeit und den landwirtschaftlichen Reichtum
der Länder. Nach Colins Ausführungen soll sich dort eine
starke Bewegung des Panasiatismus gegen England und
Amerika bilden, die für spätere Zeit große politische Ereig-
nisse erwarten läßt. Nach dem Erfolg des ersten Abends kann
man erwarten, daß auch die kommenden Abende eine interes-
sante und zahlreiche Zuhörerhoffung seien werden.

Der Ortsverband Karlsruhe der Genossenschaft deutscher Büh-
nenangehöriger sendet den hiesigen Zeitungen eine Zuschrift,
in welcher gegen den Vorwurf, daß „nicht mit der anliegenden
Kräfteanpannung im Landesheater gearbeitet werde“, Ent-
scheidung genommen wird. Wir haben keine Veranlassung, von
diesem Passus besonders Notiz zu nehmen, da in der „Karls-
ruher Zeitung“ im Gegenteil stets der Fleiß des Personal-
anerkennung worden ist, so noch zuletzt in dem Theaterbild
unseres Schauspielkritikers, Prof. Dr. Holl. Soviel wir
beobachten konnten, ist aber auch in anderen Zeitungen gegen
das Personal als solches jener Vorwurf gar nicht er-
hoben worden. Vielmehr wurde ein Mangel an Fleiß nur un-
ter deutlicher Beziehung auf eine Person in leiserer Selb-
stung angedeutet. Der Schluss der Zuschrift befaßt sich mit
den Einkommensverhältnissen der Mitglieder des Landes-
heaters und mit den Eintrittspreisen. Auf die Frage der Ein-
trittspreise möchten wir hier nicht eingehen. Daß die Ein-
kommensverhältnisse der meisten Mitglieder des
Landesheaters, in Übereinstimmung mit denen aller Fest-
besoldeten, sehr traurig sind, scheint uns eine Tatsache zu sein,
die so sehr bekannt ist, daß nur Völsche und Niedertracht sie
bestreiten kann. Von einer solchen Völsche haben wir aber in
der Presse noch nichts bemerkt. C. A.

Buchkritik

Habent sua fata libelli. Die demnächst erscheinende Fort-
setzung von Kugelgens „Jugendgedenken eines alten
Mannes“ hat sonderbare Schicksale erlebt. Das Originalma-
nuscript befand sich nach dem Tode des „Alten Mannes“ bei
seinem in Rußland lebenden Bruder Gerhard, der es für sich
abgeschrieben. Das Original wurde vernichtet, die Abschrift fiel
der Vergessenheit anheim. Kurz vor dem Weltkrieg kam sie
in den Besitz des Herausgebers der „Petersburger Zeitung“,
eines Großneffen des Alten Mannes, Raul Siegwart v. Kugel-
gens. Dieser fand eine Abschrift der ersten Kopie Ende
Juli 1914 nach Deutschland und mußte, als er der Russischen
Revolution 1918 nach Verlust seines gesamten Eigentums ent-
flohen war, entdecken, daß ein großer Teil jener Sendung
Warten erhielt er die Nachricht, daß die Originalkopie unter-
seht in Petersburg läge, jedoch in einem von der Sowjet-
regierung versiegeltem Kasten. Alle Versuche, das wertvolle
Manuscript aus Petersburg herauszubringen, scheiterten, bis
es endlich nach zwei weiteren hoffnungslosen Jahren einer
tapferen deutschen Frau gelang, die drei schweren Bände in
ihrer Handtasche nach Deutschland zu bringen. Dem Groß-
neffen Kugelgens, der bis zum Tode seiner 1726 ge-
gründeten Zeitung im Mittelpunkt des Deutschland im Pa-
renzreich gestanden hat und später als von der Rpl. Eduar-
dischen Regierung beauftragter Leiter der deutschen Gefan-
gen-Hilfe in Rußland sich große Verdienste um das
Deutschtum erworb, verdankt das deutsche Volk auch die sehr
mühselige Herausgabe der Lebensgedenken Wilhelm v.
Kugelgens.

Volkshöhne. Bekanntlich gibt die Volkshöhne seit einiger Zeit wertbeständige Gutscheine an ihre Mitglieder aus, die feinerzeit von den Vertrauensleuten gegen die entsprechenden Theaterkarten ohne jede Aufzahlung umgetauscht werden. Die Gutscheine werden zu einem Preise, der sich nach dem Index des Landestheaters richtet und für eine Woche unverändert bleibt, vertrieben. Der Preis ist aus den Schlüsselzählentabellen der Tagesblätter zu ersehen. Durch dieses neue Verfahren ist jeder Abnehmer in der Lage, seine nächste Theatervorstellung in dem Augenblick zu bezahlen, der ihm genehm ist, und andererseits erhält das Theater vollwertiges Geld im Voraus. Leider ist aber die Verwaltung der Volkshöhne zum ersten Mal genötigt, an ihre Mitglieder mit einer kleinen Nachforderung zu Verwaltungszwecken heranzutreten, da die hierfür erhobenen Gelder durch die rapide Geldentwertung einzuweisen wertlos geworden sind und kein Mittel zur Verfügung stand, sie wertbeständig zu erhalten. Es wird pro Kopf einmalig ein Beitrag von 3 Goldpfennigen erhoben (in dieser Woche rund 500 Millionen) der in Form einer Marke, die auf die Ausweislinie geklebt werden muß, quittiert wird. Die eingehenden Beiträge werden sofort in Goldanleihe angelegt und so die Verwaltung der Volkshöhne bis zur Ausgabe der nächsten Gutscheine sichergestellt. Für die zuerst vertriebenen Gutscheine gelangen die Theaterkarten dieser Tage zur Verteilung (Samlet, Hannes Himmelfahrt, Cavalleria und Jazz sowie Lustige Weiber).

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	Wirt. Berliener Kurs v. 31. Okt.	Wirt. Berliener Kurs v. 31. Okt.
	Geld	Beleg
Amsterdam	—	—
Kopenhagen	—	—
Italien	23 329 000 000.—	23 471 000 000.—
Napoli	12 956 000 000.—	12 631 000 000.—
London	3 252 000 000.—	3 268 000 000.—
Neuhort	324 880 000 000.—	325 610 000 000.—
Neuport	72 319 000 000.—	72 681 000 000.—
Paris	4 263 000 000.—	4 291 000 000.—
Schwiz	12 868 000 000.—	12 932 000 000.—
Prag	2 115 000 000.—	2 125 000 000.—

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent.
Die Goldanleihe notierte am Donnerstag vormittag in Frankfurt a. M. 140—145 Milliarden, in Berlin 120 Milliarden.

Karlsruher Börse vom 31. Oktober. Getreide und Mehl: Die Geschäftslage ist unsicher, die Ware knapp, weil die Verkäufer bei der unsicheren Lage zurückhaltend und auch wie stets die Mittel zu Unternehmungen fehlen. Weizen 425—450, Roggen 350—380, Hafer und Gerste 300—310, Weizenmehl 500—580, Roggenmehl 480—500, Weizenkleie 120—150 Milliarden, alles in Papiermark auf wertbeständiger Basis. Frachtparität waggonfrei Karlsruhe. Wein und Spirituosen: Die wirtschaftlichen Verhältnisse veranlassen stärkste Zurückhaltung seitens der Produzenten und Verkäufer. Dies zeigt sich besonders in Spirituosen, so daß Preise überhaupt nicht genannt werden können. In Weinen hörte man folgende Forderungen: für alte Rotweine per Liter 85 Goldpfennig, für alte Rotweine per Liter 85 Goldpfennig, für alte Rotweine per Liter 85 Goldpfennig, für alte Rotweine per Liter 85 Goldpfennig. — Kolonialwaren. Die Goldmarkpreise haben sich gegenüber der letzten Börse mit Ausnahme des Preises für Schmalz nicht verändert. Für Schmalz wurde 1,84 Goldmark gefordert.

Süddeutsche Neu- und Strohpreise. Die Preise haben eine weitere Erhöhung erfahren. Weizenheu kostet 45—55 (35—45), Heu 55—65 (45—55), Drahtgepreßtes Stroh 45—55 (35 bis 45) Milliarden je 100 Kilogramm.

Landeswirtschaftsstelle des bad. Einzelhandels. In der am Donnerstag stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung der Landwirtschaftsstelle des badischen Einzelhandels A.-G. wurde beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft um 750 Millionen Mark auf 1250 Millionen Mark durch Ausgabe von 2500 Stück Namensaktien und 5000 Stück Inhaberkonten zu je 100 000 Mark unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre zu erhöhen. Sämtliche Aktien werden der Verwaltung überlassen mit der Verpflichtung, den alten Aktionären ein Bezugsrecht im Verhältnis von 2 zu 1, also derart anzubieten, daß auf zwei alte Aktien je eine neue entfällt; Der Rest von 500 Millionen Mark ist bestmöglichst im Interesse der Gesellschaft zu verwerten. Die den alten Aktionären anzubietenden Aktien sind Namensaktien, während die zur Verwertung im Interesse der Gesellschaft überlassenen Aktien Inhaberkonten sind. Das Bezugsrecht der Aktionäre muß spätestens bis 15. November 1923 ausgeübt sein, andernfalls können diese Namensaktien anderen Aktionären unter den gleichen Bedingungen überlassen werden.

Vom Weinhandel. Aus Augen wird gemeldet: Trophem der Reue von tabelloser Güte ist, will in das Geschäft kein rechter Zug kommen, da jeder Angst hat, beim Verkauf einen dünnen Streich zu machen. In den letzten Tagen wurden 600 Milliarden, für ganz feinen 800 Milliarden Mark pro

100 Liter geboten, sehr oft werden auch Kaufgeschäfte gemacht, z. B. Wein gegen Holz, Mehl, Zucker und dergl. Am wünschenswertesten wäre eine stabile Währung, damit sich endlich ein ruhiges Weingeschäft entwickeln könnte.

DZ. Badischer Handel. Zwecks Ausbeute der Hochmoore und Torfverfertigung wurde im Jahre 1922 die Firma Torfveredelungswerke Germania Aktiengesellschaft Freiburg i. Br. gegründet, doch ist dieses Unternehmen im Juli d. J. abgebrannt. Die kürzliche Generalversammlung beschloß, die Fortführung des Betriebes als reines Torfwerk und die Erhöhung des Aktienkapitals um 75 auf 160 Mill. M.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Rechtsverhältnisse des Sanitätspersonals.

An Stelle des Ammanns Freiherrn von Rodman wird nach Anhörung der badischen Ärztekammer Oberamtmann Scheible zum stellvertretenden rechtskundigen Mitglied des ärztlichen Grenzgerichts in Karlsruhe ernannt.

Karlsruhe, den 26. Oktober 1923.

Der Minister des Innern.

J. A.: Arnspurger.

Bekanntmachung.

Das Gebäudeversicherungs-gesetz.

Der gemäß Artikel 4 des Gesetzes vom 4. August 1920 über die Abänderung des Gebäudeversicherungs-gesetzes zu genehmigten Zuschlag zu der gesetzlichen Entschädigung wird hiermit für Fälle, in denen die Wiederherstellung der Gebäude in der Zeit vom 1. bis einschließlich 15. Oktober 1923 erfolgte, auf das 149 999 999fache der unter Zugrundelegung der Baupreise vom 1. August 1914 zu bewilligenden Entschädigung festgesetzt.

Karlsruhe, den 1. November 1923.

Der Minister des Innern.

Kemmel.

Bekanntmachung.

Die Arzneitage betr.

Die Apotheker sind berechtigt, bei Berechnung der Arbeitsvergütungen nach der Arzneitage mit Wirkung vom 29. Oktober 1923 eine Schlüsselzahl von 90 Millionen in Anwendung zu bringen.

Karlsruhe, den 30. Oktober 1923.

Der Minister des Innern.

J. A.: Arnspurger.

Bekanntmachung.

Der Vorstand des Spar- und Darlehensvereins der Angehörigen der badischen Staatsverwaltung und der Beamten der Städte der badischen Staatsverwaltung hat beschlossen, die Sparkasse bis zum Eintritt stetiger Verhältnisse mit sofortiger Wirkung zu schließen. Einlagen werden nicht mehr angenommen, ebenso werden keine Darlehen mehr gewährt.

Karlsruhe, den 24. Oktober 1923.

Der Minister des Innern.

J. A.: Sammel.

Die Ersahleistungen der Gemeinden und Grundeigentümer für die Arbeiten der Vermessungsämter betr.

Nr. C 9208.

Die Vergütungsbeträge, die nach der Verordnung des Arbeitsministeriums vom 12. Juli 1922, die Ersahleistungen der Gemeinden und Grundeigentümer für die Arbeiten der Vermessungsämter betr. (G.B.W. S. 486), für die ersahpflichtigen Arbeiten d. Vermessungsämter an die Staatskasse zu entrichten sind, werden nach folgenden Grundzahlen, die mit der jeweiligen Steuerungszeit zu veranschlagen sind, berechnet:

Zu § 1 der Verordnung, Ersahleistungen der Gemeinden:
für jede Stunde Zeitaufwand bei Zimmerarbeiten am Dienstit 1,2 M.,
im übrigen 1,5 M.

Zu § 2 der Verordnung, Ersahleistungen der Grundeigentümer:
für jede Stunde Zeitaufwand bei Zimmerarbeiten am Dienstit 1,5 M.,
im übrigen 2,0 M.

Als Steuerungszeit gilt jeweils die letzte, vor dem Zeitpunkt der Forderungsabrechnung vom statistischen Reichsamt veröffentlichte wöchentliche Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten unter Abrechnung des nächstniederen durch eine Million teilbaren Betrag. Diese Berechnungsweise findet Anwendung für alle bisher noch nicht abgerechneten Fälle.

Karlsruhe, den 29. Oktober 1923.

Badische Wasser- und Straßenbaudirektion.

Dr. Paul.

Bekanntmachung.

Die Beiträge für die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung.

Mit Rücksicht auf die eingetretene außerordentliche Geldentwertung hat der Vorstand der badischen landwirtschaftlichen Berufsvereinschaft beschlossen, die nach der Bekanntmachung vom 9. Oktober 1923 — Staatsanzeiger Nr. 238 — am 30. November und 30. Dezember 1923 fälligen Raten der dritten Nachtragsumlage zusammen schon auf 10. November 1923 fällig zu erklären, soweit die gesamte Umlage nicht bereits bis 30. Oktober 1923 bezahlt ist.

Der Vorstand hat ferner beschlossen, zu sämtlichen, hiernach am 10. November 1923 fälligen, an diesem Tage aber noch nicht entrichteten Beiträgen als Entwertungszuschlag das Doppelte des geschuldeten Betrags zu erheben.

Gemäß § 57 der Verordnung vom 31. Dezember 1912, den Vollzug der Reichsversicherungsordnung hinsichtlich der Versicherungsbeiträge und der Unfallversicherung betr. (G.B.W. S. 470) bringen wir dies zur öffentlichen Kenntnis.

Karlsruhe, den 27. Oktober 1923.

Badisches Landesversicherungsamt.

Krems. Weher.

Die Eisenbahnfahrpreise in der Goldmarkrechnung.

Die Einführung der Goldmarkrechnung auf der deutschen Reichsbahn auf 1. November verursacht eine namhafte Erhöhung der Fahrpreise. Die Grundpreise, die seit der letzten Erhöhung am 29. Oktober mit der Schlüsselzahl von 6 Milliarden zu veranschlagen waren, gelten ab 1. November als Goldpreise und sind ferner mit dem Goldmarkkurs zu veranschlagen, der sich unter Umständen täglich ändert. Nimmt man einen Goldmarkkurs von 15 Milliarden (annähernder Kurs der letzten Tage) an, so ergibt sich eine Erhöhung der Fahrpreise auf das zweieinhalbfache. Hiernach stellt sich der Fahrpreis:

	mit Schlüsselzahl von 6 Milliarden	zum Goldmarkkurs von 15 Milliarden
	in Milliarden	in Milliarden
Karlsruhe—Heidelberg	3 M. = 11,4	28,5
Karlsruhe—V. Baden	4 M. = 7,8	19,5
Karlsruhe—Freiburg	3 M. = 7,8	19,5
Karlsruhe—Freiburg	4 M. = 5,4	13,5
Mannheim—Heidelberg	3 M. = 27	67,5
Mannheim—Heidelberg	4 M. = 18,0	45,0
Mannheim—Karlsruhe über Schwetzingen	3 M. = 4,2	10,5
Mannheim—Karlsruhe über Schwetzingen	4 M. = 3,0	7,5
Konstanz—Freiburg	3 M. = 12,6	31,5
Konstanz—Freiburg	4 M. = 8,4	21,0
Konstanz—Freiburg	3 M. = 33,0	82,5
Konstanz—Freiburg	4 M. = 22,2	55,5

Durch die Goldmarkrechnung wird, besonders in der ersten Zeit, eine Verzögerung des Verkehrs an den Fahrkartenschaltern entstehen. Es empfiehlt sich daher, die Fahrkarten möglichst frühzeitig zu lösen, da sonst die rechtzeitige Abfertigung und Beförderung mit dem gewünschten Zug gefährdet ist. Die Zahlung hat vorläufig in Papiermark zu geschehen. Im Güterverkehr tritt unter den gleichen Kursverhältnissen eine Erhöhung um 25 v. H. ein.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Staatsministeriums.

In den einseitigen Ruhestand versetzt:

Ministerialrat, Geh. Legationsrat Dr. Wilhelm Heinke beim Staatsministerium.

Ministerium des Innern.

Ernannt:

Notenmeister Eugen Engler in Heidelberg zum planmäßigen Polizeiwachmeister.

Versetzt:

Antmann Albert Engler beim Bezirksamt Tauberbischofsheim an die Wasser- und Straßenbaudirektion.

Zurückgesetzt auf Ansuchen:

Polizeiwachmeister Dominikus Pfleger in Bforzheim.

Justizministerium.

Zugelassen:

Berichtspräsident Dr. Konrad Weisinger als Rechtsanwalt beim Landgericht Mannheim; Rechtsanwalt Dr. Fritz Reu-meier in Forzheim auch bei der Kammer für Handelsachen daselbst.

Versetzt:

die Justizassistenten Egon Haller bei der Staatsanwaltschaft Waldshut zum Notariat Schliengen und Alfred Eckert beim Notariat Schliengen zur Staatsanwaltschaft Waldshut.

Entlassen auf Ansuchen:

Notar Dr. Max Schwarzschild in Karlsruhe.

Verstarben:

Justizsekretär Ludwig Hornung beim Notariat Mastatt.

Professor Dr. Lindig
Frauenarzt
Direktor der Landeshebammenlehranstalt und staatl. Frauenklinik
hält seine ärztliche Sprechstunde **jetzt** im Wöchnerinnenheim Kaiserallee 10.
Montag bis Freitag 3—5. B. 980

Rückzahlung der 3 1/2% igen Anleihen der Stadt-gemeinde Ettlingen vom Jahre 1888 u. 1904.
Sämtliche Schuldverschreibungen der Stadtgemeinde Ettlingen vom Jahre 1888 und 1904 werden hiermit zur Heimzahlung auf 1. Februar 1924 gekündigt.
Ab 1. Februar bezw. 1. April 1924 werden die Stücke nicht mehr verzinst. B. 875
Die Rückzahlung erfolgt im 100fachen Betrag des Nennwertes und kann sofort erfolgen.
Ettlingen (Baden), den 30. Oktober 1923.
Der Bürgermeister.

Ausschreibung.
Am Namen der Badischen Landeselektrizitätsver-forsuna A.-G. (Badenwerk) werden **Schacht- und Sollenarbeiten** für den **Schlussee-Schwarzwald** auf Grund der Verordnung über das Verdingungs-wesen, Bad. Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 57 vom 5. VIII. 1922, zum öffentlichen Wettbewerb ausgeschrieben. B. 356
Die Arbeiten umfassen: Ausbruch eines Schachtes

Elegante Welt
Deutschlands tonangebende Zeitschrift für vor-nahme Lebenskunst, für Mode, Kunst, Theater, Film, Sport, Schönheit und Lebensfreude.
Alle 14 Tage ein 50 bis 80 Seiten starkes Heft mit aus-gewählten Meisterwerken moderner Film- u. Photokunst so-wie hochinteressanten Berichten aus der Gesellschaft. Jedes Heft mit einem prachtvollen farb. Kunstblatt als Titelbild.
Abonnements bei allen Buchhandlungen!
Verlag: Dr. Eysler & Co. A.-G.
in Berlin SW 68

Metallbetten
Stahlnatr., Kinderbett, direkt an Privat, Katalog 78 R. frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.).
Bürgerl. Rechtspflege
a. Streitige Gerichtsbarkeit.
Aufgebot.
11.386. Baden. Kaufmann Michael Federpiel in Kon- stanz hat das Aufgebot des verlustig gegangenen

Grundschuldbriefes vom 9. März 1923 über die im Grundbuch von Baden, Band 128, Heft 1273, Abt. III, C. 3, 3, auf dem Grundstück Lagerbuch-Nr. 364 a der Gemarkung Baden eingetragenen Grund-schuld über 10 000 000 M. beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufge-fordert, spätestens in dem auf Mittwoch, 21. Mai 1924, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Baden, Zim-mer 17, anberaumten Auf-gebotstermin seine Rechte anzumelden und die Ur-kunde vorzulegen, widrigen-falls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.
Baden, 24. Okt. 1923.
Der Gerichtsschreiber des bad. Amtsgerichts.
Ausgabe von Gutscheinen
Zur Rinderung der Zah-lungsmittelnot geben wir mit höherer Ermächtigung Gutscheine zu einer Milliarde und zu Hundert Milliar-den Mark aus, die von den Reichsbahn- und anderen öffentlichen Kassen in Zah-lung genommen werden.
Karlsruhe, 25. Okt. 1923.
Reichsbahndirektion.